



Teil 1 Begründung

zum Feststellungsbeschluss der Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Hadamar

**für den Planbereich
"Bebauungsplan zwischen L 3278 und K 479"**

Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Hadamar für den Planbereich "Bebauungsplan zwischen L 3278 und K 479"

Darstellung (alt):

Darstellung (neu):

Verfahrensprotokoll:

1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB	23.10.2020
2. Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 (1) BauGB	17.09.2021
3. Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB	17.03.2021
4. Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB	29.03.2021 bis sachz. 29.04.2021
5. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB	29.03.2021 bis sachz. 29.04.2021
6. Einzel- und Ausgangsgutachten	18.08.2022
7. Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB	01.03.2022
8. Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB	14.03.2022 bis sachz. 29.04.2022
9. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB	07.03.2022 bis sachz. 29.04.2022
10. Feststellungsbeschluss	

Ausfertigungsvermerk:
Es wird bestätigt, dass der Inhalt der Flächennutzungsplanänderung mit den hierzu erlangten Beschlüssen der Gemeindevorstellung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten worden sind.

Hadamar, den _____
Michael Kroll
Bürgermeister

Genehmigungsvermerk Regierungspräsident:

Rechtsvermerk:
Die Genehmigung der Flächennutzungsplanänderung wurde _____
gem. § 9 Abs. 5 BauGB erteilt/abgelehnt/ _____
bekannt gemacht.
Dabei wird die Flächennutzungsplanänderung wirksam.

Hadamar, den _____
Michael Kroll
Bürgermeister

Stadt Hadamar
Landkreis Limburg-Weilburg

Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Hadamar für den Planbereich "Bebauungsplan zwischen L 3278 und K 479"

ohne Maßstab

Beschreibung: Planungsbüro Stadt und Freiraum, Sabine Kraus, Stadtplatz 1, 65549 Limburg	Feststellungsbeschluss Juni 2022
---	--

Rechtsgrundlagen:
Gesamtländereutzungsplan der Stadt Hadamar in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.08.1997 (Bauzonenbuch (BauZB)) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BauZB i. S. 2414), zuletzt geändert am 28. August 2020 (BauZB i. S. 1728)
Planzonenverordnung (PlanZV) vom 18. Dezember 1990, (BauZB 1991 i. S. 59), zuletzt geändert am 04. Mai 2017 (BauZB i. S. 1057)

Legende:

Übersicht Topographische Karte (0 M)

HB = 297 / 420 (3 12m)

Ziel, Zweck und wesentliche Auswirkungen des Bauleitplans

Fassung für den Feststellungsbeschluss

Bearbeitung: Planungsbüro Stadt und Freiraum, Odenwaldstr. 4, 65549 Limburg
M. Eng. Sabine Kraus, M. Eng. Alexander Kreppel

Planstand: August 2022

Bauamt der Stadt Hadamar
Untermarkt 1
65589 Hadamar

Leiter:
Dipl. Ing. Hans-Georg Kaiser

Planstand: August 2022
Verfahrensstand: Fassung für
den Feststellungsbeschluss

Inhalt

TEIL 1 Ziel, Zweck und wesentliche.....	III
1 Vorbemerkungen	1
1.1 Veranlassung und Planziel	1
1.2 Standortalternativenprüfung und Vorabstimmung mit der Wasserbehörde	4
1.3 Lage, Räumlicher Geltungsbereich	5
1.4 Verfahrensart / Verfahrensverlauf.....	7
2 Übergeordnete Planungen und sonstige Rahmenbedingungen	10
2.1 Regionalplan Mittelhessen 2010 (RPM 2010).....	10
2.2 Schutzgebiete	11
2.2.1 Geschützte Biotope nach BNatSchG und HAGBNatSchG.....	11
2.2.2 Flächen mit rechtlicher Bindung	12
3 Verkehrserschließung.....	12
4 Ver- und Entsorgung	12
4.1 Wasserversorgung	12
4.1.1 Brandschutz, Löschwasserversorgung	12
4.2 Abwasserentsorgung.....	12
4.3 Stromversorgung.....	12
4.4 Abfall.....	13
5 Berücksichtigung landschaftspflegerischer und artenschutzrechtliche Belange	13
5.1 Umweltbericht / Umweltprüfung.....	13
5.2 Eingriffsregelung	13
5.3 Artenschutz	13
6 Wasserwirtschaft / Grundwasserschutz	14
6.1 Überschwemmungsgebiet / Oberirdische Gewässer	14
6.2 Wasserschutzgebiete	14
7 Kampfmittel	14
8 Altlastenverdächtige Flächen/Altlasten, Bergbau	15
9 Immissionsschutz	15
10 Denkmalschutz.....	15
11 Sonstige Infrastruktur	15
TEIL 2 Umweltbericht mit integriertem Landschaftspflegerischen Planungsbeitrag und artenschutzrechtlicher Betrachtung	16

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Links die Zufahrt auf das Betriebsgelände von der L 3278, rechts die Ausstellungsflächen zum Elbbach hin mit der Brückenmühle im Hintergrund, Kraus (2020)..	1
Abbildung 2: Übersicht Erweiterungsbedarf, Kraus 2020	2
Abbildung 3: Ausschnitt des Flächennutzungsplans der Stadt Hadamar mit Kennzeichnung der Planfläche	3
Abbildung 4: Flächennutzungsplanänderung im Zuge des B-Planverfahrens "Bebauungsplan zwischen L 3278 und K 479", Kraus 2022	3
Abbildung 5: Überschwemmungs- und Abflussgebiete HQ 100 nach HWG.....	5
Abbildung 6: Ausschnitt Topographische Karte mit Darstellung des Geltungsbereiches (rot) der Flächennutzungsplanänderung sowie der Ausgleichsfläche.....	6
Abbildung 7: Geltungsbereich "Bebauungsplan zwischen L 3278 und K 479" und Flächennutzungsplanänderung	6
Abbildung 8: Ausschnitt aus dem Regionalplan Mittelhessen mit Verortung des Plangebietes, Quelle: Regionalplan Mittelhessen 2010, bearbeitet Kraus 2020	10
Abbildung 9: Gesetzlich geschützte Biotop § 30 BNatSchG mit rot umkreistem Plangebiet, Karte unmaßstäblich, Quelle: natureg.hessen.de (2020)	11
Abbildung 10: Wasserschutzgebiete, Karte unmaßstäblich, Quelle: gruschu.hessen.de (2020).....	14

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Prüfung der Voraussetzungen des § 78 (2) Wasserhaushaltsgesetz, Kraus 2020	5
Tabelle 2: Geltungsbereiche Bebauungsplan, Kraus 2020	6
Tabelle 3: Verfahrensverlauf.....	7

TEIL 1

Ziel, Zweck und wesentliche Auswirkungen des Bauleitplanes

1 Vorbemerkungen

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hadamar hat in ihrer Sitzung am 23.10.2020 die Aufstellung des "Bebauungsplan zwischen L 3278 und K 479" im Regelverfahren mit integriertem Grünordnungsplan, artenschutzrechtlichem Fachbeitrag und Umweltprüfung mit Umweltbericht sowie die erforderliche Änderung des Flächennutzungsplanes parallel zum B-Planverfahren beschlossen.

Die in der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) eingegangene Stellungnahme von Hessen Mobil führte dazu, dass die festgesetzten öffentliche Grünfläche - Zweckbestimmung Verkehrsbegleitgrün aus dem Vorentwurf des Bebauungsplanes entnommen wurde. Hierdurch fand parallel eine Anpassung/Reduzierung der Abgrenzung des Geltungsbereiches für die Flächennutzungsplanänderung statt.

1.1 Veranlassung und Planziel

Zur Standortsicherung des Ford-Autohauses in der Brückenmühle 1 in Hadamar-Niederzeuzheim wird eine geringfügige Erweiterung der Betriebsfläche von 313 m² notwendig. Diese soll östlich an den Bestand erfolgen und dient in erster Linie zur Neuordnung und Erweiterung von Kfz-Ausstellungsflächen. Hierzu gibt es konkrete Vorgaben vom Stammhaus/Konzern, die von den Vertragshändlern bindend und nachhaltig zu erfüllen sind. Das Autohaus ist seit 1998 an dem Standort in Niederzeuzheim existent und wurde durch kontinuierliche Investitionen baulich- und infrastrukturell in den letzten Jahren weiterentwickelt. Für das Unternehmen ist eine Präsenz an der Straße wichtig und wird vom Stammhaus Ford vorgegeben. Alternative Gewerbestandorte sind im Stadtgebiet von Hadamar nicht vorhanden. Eine entsprechende Überprüfung hat seitens der Stadt Hadamar stattgefunden (siehe Punkt 1.2).

Nördlich des Betriebsgeländes des Autohauses befindet sich die Brückenmühle, in der der Geschäftsführer seinen Wohnsitz hat. Aufgrund des Flächenbedarfes sowie der Mängel des bestehenden Bebauungsplanes „Flur 32 und Flur 34“ entsteht der bauleitplanerische Handlungsbedarf für beide Grundstücke. Ziel ist es, die städtebaulichen Parameter der aktuellen Bestandssituation rechtssicher anzupassen sowie die notwendige Erweiterung zur Standort-sicherung des Betriebes vorzunehmen. In Teilen geht die aktuelle Nutzung bereits über den planungsrechtlichen Bestand hinaus.



Abbildung 1: Links die Zufahrt auf das Betriebsgelände von der L 3278, rechts die Ausstellungsflächen zum Elbbach hin mit der Brückenmühle im Hintergrund, Kraus (2020)



Abbildung 3: Ausschnitt des Flächennutzungsplans der Stadt Hadamar mit Kennzeichnung der Planfläche

Der Flächennutzungsplan soll wie folgt geändert werden:

Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Hadamar für den Planbereich "Bebauungsplan zwischen L 3278 und K 479"

Darstellung (alt):

Darstellung (neu):

Rechtsgrundlagen:
Gesamtflächennutzungsplan der Stadt Hadamar in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.08.1997 (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert am 08. August 2020 (BGBl. I S. 1728)
Platzverkehrsverordnung (PlatzV) vom 18. Dezember 1990. (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert am 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057)

Legende

Wohnbauflächen	Fließgewässer
Gemischte Bauflächen	Überschwemmungsgebiet
Gewerbliche Bauflächen	Bahntrasse
Flächen für die Landwirtschaft	überörtl. und örtl. Hauptverkehrsstraße
Flächen für Maßnahmen zur Entwicklung von Natur und Landschaft	

Bestand und geplante Änderungen des Flächennutzungsplanes der Stadt Hadamar
Plangrundlage: Flächennutzungsplan der Stadt Hadamar in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.08.1997

Übersicht Topographische Karte (o.M.)

Verfahrensprotokoll:

1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB	23.10.2020
2. Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 (1) BauGB	17.03.2021
3. Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB	17.03.2021
4. Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB	29.03.2021 bis einschl. 29.04.2021
5. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB	29.03.2021 bis einschl. 29.04.2021
6. Entwurfs- und Auslegungsbeschluss	16.02.2022
7. Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB	01.03.2022
8. Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB	14.03.2022 bis einschl. 29.04.2022
9. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB	07.03.2022 bis einschl. 29.04.2022
10. Feststellungsbeschluss	

Außerungsvermerk:
Es wird bestätigt, dass der Inhalt der Flächennutzungsplanänderung mit den hierzu ergangenen Beschlüssen der Gemeindeversammlung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten worden sind.

Hadamar, den _____
Michael Kraus
Bürgermeister

Genehmigungsvermerk Regierungspräsidium:

Rechtsvermerk:
Die Genehmigung der Flächennutzungsplanänderung wurde gem. § 9 Abs. 3 BauGB öffentlich am _____ bekannt gemacht.
Damit wird die Flächennutzungsplanänderung wirksam.

Hadamar, den _____
Michael Kraus
Bürgermeister

Stadt Hadamar
Landkreis Limburg-Weilburg

Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Hadamar für den Planbereich "Bebauungsplan zwischen L 3278 und K 479"

ohne Maßstab

Bearbeitet: Planungsbüro Stadt und Freiraum Sabine Kraus, Stadtplatz 10 AKHW Landschaftsarchitekten AOH Odenwaldstraße 4 65548 Lumburg	Feststellungsbeschluss Juni 2022
---	--

HB = 297 / 420 (0,12m²)

Abbildung 4: Flächennutzungsplanänderung im Zuge des B-Planverfahrens "Bebauungsplan zwischen L 3278 und K 479", Kraus 2022

1.2 Standortalternativenprüfung und Vorabstimmung mit der Wasserbehörde

Die Stadt Hadamar hat verfügbare gewerblich nutzbare Baugrundstücke mit den vorgegebenen Eignungskriterien (Flächengröße, öffentliche Präsenz) für den Betrieb eines Autohauses überprüft. Die Prüfung alternativer Standorte hat ergeben, dass keine geeigneten Grundstücke im Stadtgebiet verfügbar sind. Des Weiteren hat die Überprüfung ergeben, dass die Standortetablierung mit einem geringfügigen zusätzlichen Flächenverbrauch einhergeht und mit den Auswirkungen einer Umsiedlung nicht im Verhältnis steht.

Entscheidend für die Aufstellung des Bebauungsplanes mit paralleler Flächennutzungsplanänderung war letztendlich die Überwindbarkeit der wasserrechtlichen Belange, hier konkret die flächenhafte Beanspruchung von Retentionsraum im amtlich festgesetzten Überschwemmungsgebiet des Elbbaches (HQ 100 nach HWG - Hessischem Wassergesetz). Hierzu hat eine Vorabstimmung mit der zuständigen unteren und oberen Wasserbehörde stattgefunden.

Hochwasserereignisse sind im Überschwemmungsgebiet statistisch einmal in 100 Jahren zu erwarten. Die Ausweisung neuer Baugebiete ist dort grundsätzlich verboten. Auch die Errichtung einzelner baulicher Anlagen unterliegt Einschränkungen, ebenso der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen. Gem. § 78 (2) Wasserhaushaltsgesetz können jedoch die Behörden ausnahmsweise Baugebiete zulassen, wenn die 9 genannten Voraussetzungen erfüllt werden. Für den Planbereich können diese Voraussetzungen erfüllt werden. Ein entsprechender Antrag auf eine wasserrechtliche Zulassung gem. § 78 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz wurde bei der zuständigen oberen Wasserbehörde (RP Gießen) gestellt und zugelassen (Anhang - Wasserrechtlicher Zulassungsbescheid).

Lfd. Nr.	Kriterium Voraussetzung	Erfüllungstatbestand
1	Wenn keine anderen Möglichkeiten der Siedlungsentwicklung bestehen oder geschaffen werden können	Alternativenprüfung wurde negativ beschieden
2	wenn das neu auszuweisende Gebiet unmittelbar an ein bestehendes Baugebiet angrenzt,	Die Erweiterung findet im direkten Anschluss an das bestehende Baugebiet statt.
3	wenn eine Gefährdung von Leben oder Gesundheit oder erhebliche Sachschäden nicht zu erwarten sind,	Die Planung bedingt keine entsprechende Gefährdung.
4	wenn der Hochwasserabfluss und die Höhe des Wasserstandes nicht nachteilig beeinflusst werden,	Die Planung findet außerhalb des Abflussgebietes statt.
5	Wenn die Hochwasserrückhaltung nicht beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird,	Die Beanspruchung des Retentionsraumes kann lokal ausgeglichen werden.
6	der bestehende Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt wird,	Die Planung beeinträchtigt den bestehenden Hochwasserschutz nicht.
7	Wenn keine nachteiligen Auswirkungen auf Oberlieger und Unterlieger zu erwarten sind,	Die Planung hat keine nachteiligen Auswirkungen auf Ober- und Unterlieger.

8	die Belange der Hochwasservorsorge beachtet sind und	Die Planung berücksichtigt die Hochwasservorsorgebelange.
9	die Bauvorhaben so errichtet werden, dass bei dem Bemessungshochwasser nach § 76 Absatz 2 Satz 1, das der Festsetzung des Überschwemmungsgebietes zugrunde liegt, keine baulichen Schäden zu erwarten sind.	Im Überschwemmungsbereich werden, außer eine kleine Stützmauer, keine bauliche Anlagen errichtet.

Tabelle 1: Prüfung der Voraussetzungen des § 78 (2) Wasserhaushaltsgesetz, Kraus 2020



Abbildung 5: Überschwemmungs- und Abflussgebiete HQ 100 nach HWG

Abflussgebiete stellen Bereiche innerhalb der gesetzlichen Überschwemmungsgebiete eines 100-jährlichen Hochwassers bei den Gewässern I. und II. Ordnung dar. In diesen Überschwemmungsgebieten wird zwischen den Bereichen unterschieden, in denen das Wasser erkennbar fließt und in denen das Wasser mehr oder weniger steht, oder nur verzögert abfließt.

1.3 Lage, Räumlicher Geltungsbereich

Die Planfläche befindet sich nördlich von Hadamar am östlichen Stadteilrand von Niederzeuheim. Im Süden wird das Plangebiet durch die L 3278 und westlich durch die K 479 begrenzt. Nördlich an das Betriebsgelände grenzt eine denkmalgeschützte Mühle, die vom Eigentümer als Wohnhaus genutzt wird. Östlich des Plangebiets befinden sich landwirtschaftliche Flächen. Etwa 50 m westlich des Autohauses verläuft eine Bahnstrecke in nord-südlicher Richtung. Der von Nord nach Süd verlaufende Elbbach befindet sich ca. 50 m östlich des Autohauses.

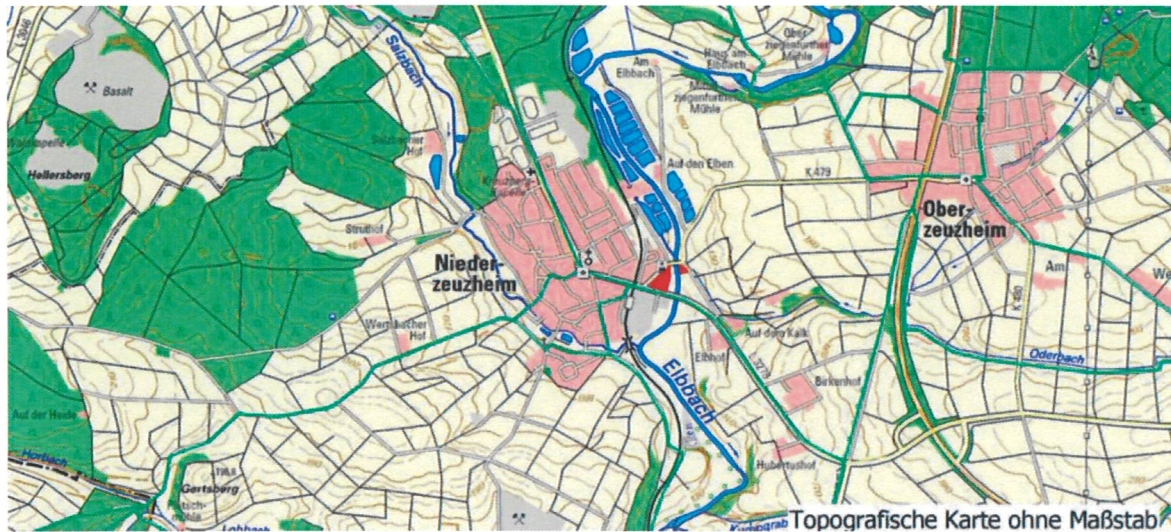


Abbildung 6: Ausschnitt Topographische Karte mit Darstellung des Geltungsbereiches (rot) der Flächennutzungsplanänderung sowie der Ausgleichsfläche

Der Geltungsbereich (Abbildung 7) umfasst folgende Flurstücke:

Flurangaben Geltungsbereich Flächennutzungsplanänderung
Flur 32: Flurstücke 32/4, 32/5, 32/6, 32/7, 32/10, 32/11
Flur 34: Flurstücke 56/2 teilweise, 55/3, 55/4 teilweise, 56/3, 56/4, 81/28 teilweise
Flurangaben Geltungsbereich Ausgleichsfläche
Flur 34, Flurstück 97

Tabelle 2: Geltungsbereiche Flächennutzungsplanänderung, Kraus 2021

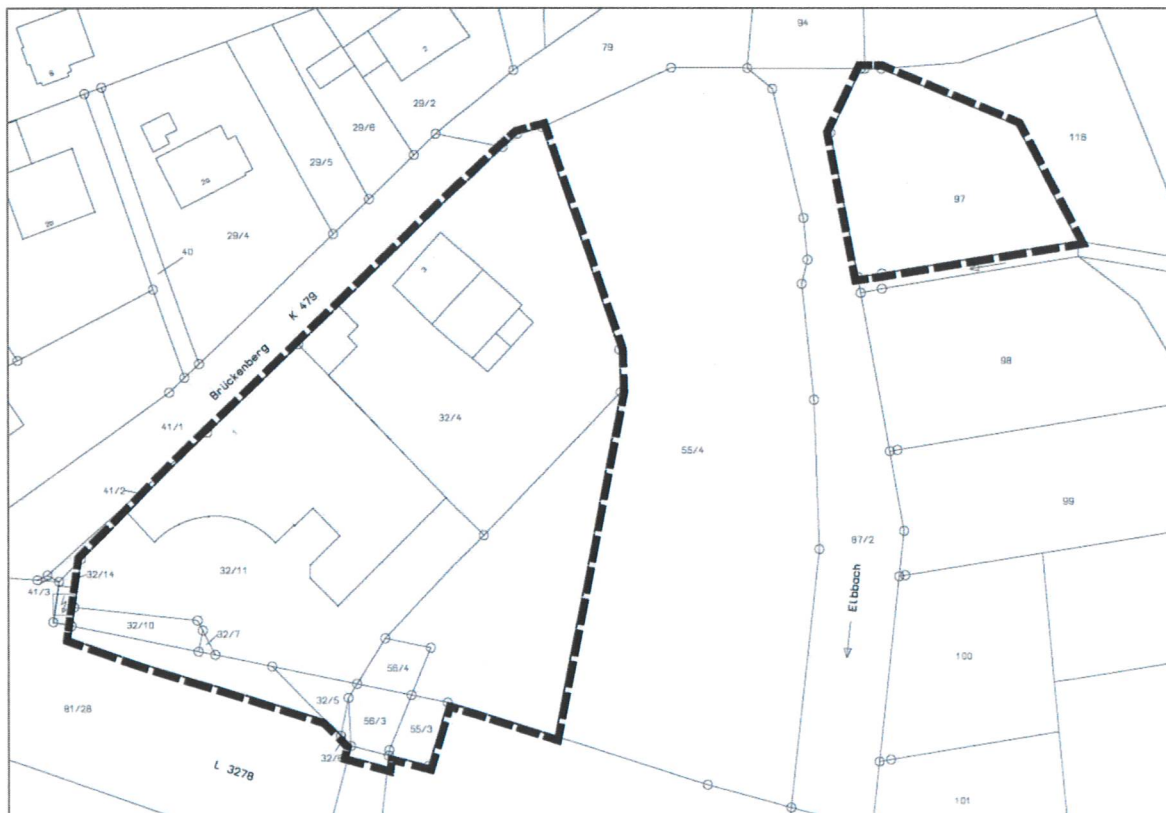


Abbildung 7: Geltungsbereich "Bebauungsplan zwischen L 3278 und K 479" und Flächennutzungsplanänderung

1.4 Verfahrensart / Verfahrensverlauf

Die Flächennutzungsplanänderung findet parallel zum Bebauungsplanverfahren statt.

Der Verfahrensverlauf stellt sich in der folgenden Weise dar:

Verfahrensschritt	Datum
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB	23.10.2020
Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 (1) BauGB	17.03.2021
Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB	17.03.2021
Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB	29.03.2021 bis einschl. 29.04.2021
Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB	29.03.2021 bis einschl. 29.04.2021
Entwurfs- und Auslegungsbeschluss	16.02.2022
Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB	01.03.2022
Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB	14.03.2022 bis einschl. 29.04.2022
Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB	07.03.2022 bis einschl. 29.04.2022
Feststellungsbeschluss	

Tabelle 3: Verfahrensverlauf

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) wurde in der Zeit vom 29.03.2021 bis einschließlich 29.04.2021 durchgeführt.

Die förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) fand in der Zeit vom 14.03.2022 bis einschließlich 29.04.2022 und die Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) in der Zeit vom 07.03.2022 bis einschließlich 29.04.2022 statt.

Die Bekanntmachungen erfolgten gem. § 10 Hauptsatzung der Stadt Hadamar in der Nassauischen Neuen Presse. Die gesetzlich vorgeschriebene Auslegungszeit gem. § 3 Abs.1 und 2 BauGB beträgt mindestens einen Monat. Die Stadt Hadamar sah keinen Grund diese Frist zu verlängern und stellte für die Öffentlichkeitsbeteiligung sicher, dass jedermann für o.g. Zeiträume Einsicht in die Verfahrensunterlagen unter Beachtung der jeweils gültigen Hygienevorschriften der Corona-Pandemie vornehmen konnte. Entsprechende Formulierungen und Handlungsanweisungen wurden auch in den Bekanntmachungen getroffen. Die Behördenbeteiligungen fanden gem. § 4 Abs. 1 und 2 BauGB statt.

Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB gingen keine Stellungnahmen mit Hinweisen und Anregungen ein.

Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Insgesamt wurden 66 Behörden und Träger öffentlicher Belange beteiligt. Während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB gingen insgesamt 22 Stellungnahmen (Beteiligung der einzelnen Dezernate des RP Gießen ist in einer zentralen Stellungnahme zusammengefasst und wird bei den eingegangenen Stellungnahmen doppelt gezählt) bis auf die Stellungnahme des Kreisausschuss Limburg-Weilburg Amt für öffentliche Ordnung FD Wasser-, Boden-, Immissionsschutz (Lfd. Nr. 23 – verspätet) fristgerecht innerhalb der Beteiligungsfrist vom 29.03.2021 bis einschließlich 29.04.2021 ein. Die verspätete Stellungnahme wurde dennoch berücksichtigt. In 18 Stellungnahmen wurden keine Bedenken geäußert. Die 5 Stellungnahmen mit Hinweisen und Anregungen wurden geprüft und abgewogen.

Auf der Grundlage der Inhalte der eingegangenen Stellungnahmen mit Hinweisen und Anregungen zu den Themenblöcken

- Umwelt-/Natur- und Artenschutz
- Bauleitplanung
- Verkehrliche Belange
- Leitungstrassen
- Oberirdische Gewässer/Hochwasserschutz, Wasserschutzgebiete
- Vor- und nachsorgender Bodenschutz

wurden die Planzeichnung und der Vorentwurf der Begründung fortgeschrieben sowie der Umweltbericht mit integriertem Landschaftspflegerischen Planungsbeitrag und artenschutzrechtlicher Betrachtung angepasst.

Die Abwägung der Stellungnahme führte zusammengefasst zu folgenden Änderungen, Anpassungen sowie Ergänzungen der Planinhalte:

- Ergänzungen/Anpassung der Plankarte - Änderung des Flächennutzungsplanes:
 - Reduzierung/Rücknahme des Geltungsbereiches
 - Ergänzung von Flächendarstellungen (Flächen für Maßnahmen zur Entwicklung von Natur und Landschaft)
- Anpassung und Ergänzung der Grünordnungspläne
- Anpassung der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung gem. KV
- Fortschreibung der Begründung und des Umweltberichtes mit integriertem Landschaftspflegerischen Planungsbeitrag und artenschutzrechtlicher Betrachtung

tung in den Themenbereichen: Bestandsbeschreibung und -bewertung, Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung, Maßnahmenübersicht

Die ausführungsrelevanten Hinweise und Anregungen wurden an den Vorhabenträger zur Beachtung weitergeleitet.

Ergebnisse aus der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Ergebnisse aus der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit

Während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB gingen keine Stellungnahmen mit Hinweisen und Anregungen ein.

Ergebnisse aus der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Insgesamt wurden 64 Behörden und Träger öffentlicher Belange beteiligt. Während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB gingen insgesamt 18 Stellungnahmen (Beteiligung der einzelnen Dezernate des RP Gießen ist in einer zentralen Stellungnahme zusammengefasst und wird bei den eingegangenen Stellungnahmen doppelt gezählt) fristgerecht innerhalb der Beteiligungsfrist vom 07.03.2022 bis einschließlich 29.04.2022 ein. In 18 Stellungnahmen wurden keine Bedenken geäußert. Die 1 Stellungnahme mit Hinweisen und Anregungen wurde geprüft und abgewogen.

Auf der Grundlage der Inhalte der eingegangenen Stellungnahmen mit Hinweisen und Anregungen zu den Themenblöcken

- Bauleitplanung
- Vor- und nachsorgender Bodenschutz
- Grundwasserschutz

wurden die gewünschten Informationen in die Planzeichnung und den Entwurf der Begründung sowie in den Umweltbericht mit integriertem Landschaftspflegerischen Planungsbeitrag und artenschutzrechtlicher Betrachtung redaktionell ergänzt.

Die ausführungsrelevanten Hinweise und Anregungen wurden an den Vorhabenträger zur Beachtung weitergeleitet.

2 Übergeordnete Planungen und sonstige Rahmenbedingungen

2.1 Regionalplan Mittelhessen 2010 (RPM 2010)

Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen und so aus dem Regionalplan zu entwickeln.

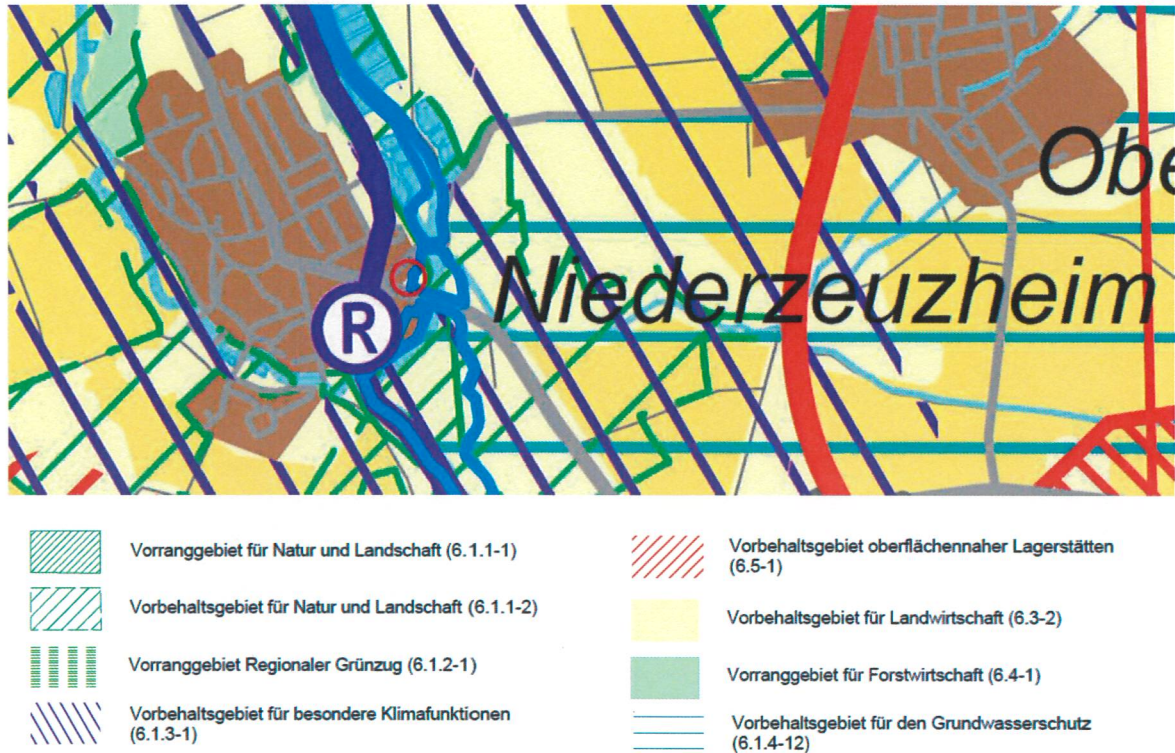


Abbildung 8: Ausschnitt aus dem Regionalplan Mittelhessen mit Verortung des Plangebietes, Quelle: Regionalplan Mittelhessen 2010, bearbeitet Kraus 2020

Gemäß § 1 Abs. 3 BauGB sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Der Regionalplan Mittelhessen 2010 weist den Bereich des bestehenden Autohauses als „Vorranggebiet Siedlung Bestand“ aus. Die geplante Erweiterung befindet sich in einem „Vorbehaltsgebiet für Landwirtschaft“. Hier soll gem. Regionalplan die Offenhaltung der Landschaft durch landwirtschaftliche Bewirtschaftung gesichert werden. Des Weiteren ist die Planfläche Teil eines „Vorbehaltsgebiets für besondere Klimafunktionen. In der Planung ist darauf zu achten, dass der Abfluss von Kalt- und Frischluft nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Zudem liegt die Planfläche in einem „Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft“. In diesen Gebieten sollen den gebietsspezifischen Erhaltungs- und Entwicklungszielen von Naturschutz und Landschaftspflege gem. Regionalplan Mittelhessen 2010 ein besonderes Gewicht gegenüber entgegenstehenden Nutzungsansprüchen, Planungen und Maßnahmen gegeben werden. Da die geplante Erweiterung der Betriebsfläche sich innerhalb der landwirtschaftlichen Fläche befindet, lässt sich eine Entwicklung aus dem Regionalplan Mittelhessen 2010 nicht herleiten. Jedoch erläutert Ziel 5.3-3 des Regionalplans: „In Ortsteilen, in denen weder Vorranggebiete Industrie und Gewerbe Planung, noch Vorranggebiete Siedlung Planung festgelegt sind, können am Rand der Ortslagen in den Vorbehaltsgebieten für Landwirtschaft bedarfsorientiert, bis zu maximal 5 ha und unter Berücksichtigung von § 6 Abs. 3 Nr. 2 HLPG gewerbliche Flächen im Rahmen der Bauleitplanung für den Eigenbedarf (Bedarf ortsansässiger Betriebe) sowie zu örtlichen Grundversorgung (z.B. Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe) ausgewiesen werden. Voraussetzung ist, dass eine Anbindung an die Verkehrs- und

sonstige Infrastruktur gegeben ist." Dem Erhalt einer landwirtschaftlichen Nutzung ist in der Abwägung ein besonderes Gewicht beizumessen.

Aufgrund der Geringfügigkeit des geplanten Vorhabens kann, sofern die gewünschte Funktion für die landwirtschaftliche Nutzung insgesamt aufrechterhalten wird, die Ausweisung als Vorbehaltsgebiet für die Landwirtschaft überwunden werden. Der Landwirt wurde in die Planentwicklung eingebunden und hat den Maßnahmen zugestimmt. Die Bauleitplanung lässt sich somit aus dem Regionalplan Mittelhessen 2010 herleiten.

2.2 Schutzgebiete

Im Bereich/Wirkraum des Geltungsbereichs befinden sich keine FFH-, Vogelschutz- oder Natur- und Landschaftsschutzgebiete.

2.2.1 Geschützte Biotope nach BNatSchG und HAGBNatSchG

Innerhalb des Geltungsbereichs befinden sich keine gesetzlich geschützten Biotope gem. § 30 (1) BNatSchG und § 13 (1) HAGBNatSchG. Östlich grenzt jedoch das gesetzlich geschützte Biotop „Elbbach östlich Niederzeuzheim“ (Schlüssel 5514B1087) in etwa 50 m Entfernung an. Das Biotop ist "vollständig geschützt" (Natureg Viewer 2020). Im Umfeld der Ortslage Niederzeuzheim befinden sich weitere vollständig gesetzlich geschützte Biotope, wie das "Feuchtgehölz am Salzbach westl. bei Niederzeuzheim" oder das „Feuchtgehölz am Elbbach südöstlich von Niederzeuzheim“. Die Biotope werden von der Maßnahme nicht tangiert. Im Bereich der Ausgleichsfläche sind die Ufer gehölzlos. Der Natureg-Viewer stellt im Umfeld von Niederzeuzheim keine gesetzlich geschützten Biotopkomplexe dar.

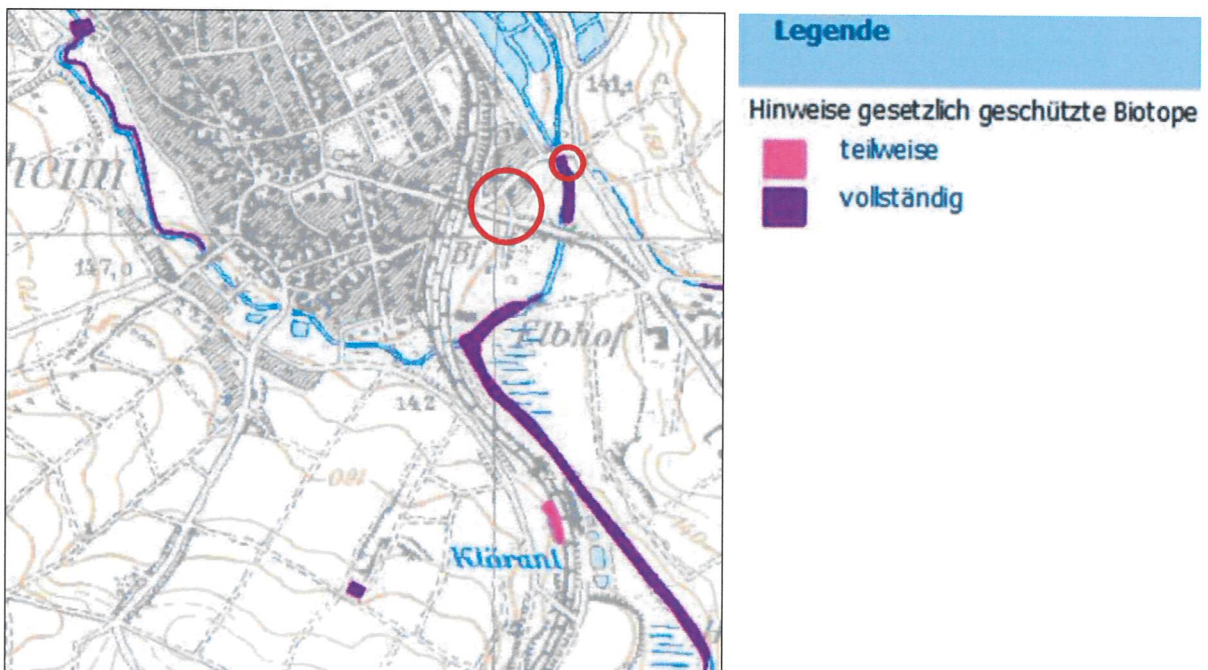


Abbildung 9: Gesetzlich geschützte Biotope § 30 BNatSchG mit rot umkreistem Plangebiet, Karte unmaßstäblich, Quelle: natureg.hessen.de (2020)

Von der Planung sind somit keine gesetzlich geschützten Biotope oder Biotopkomplexe betroffen.

2.2.2 Flächen mit rechtlicher Bindung

Durch die Plangebietserweiterung entsteht eine Böschung im Bereich des Überschwemmungsgebietes des Elbbaches. Diese Situation wird unter Punkt 6.1 behandelt.

3 Verkehrserschließung

Das Grundstück des Autohauses wird über die Landesstraße L 3278 sowie über die Kreisstraße K 479 erschlossen. Das Mühlengrundstück lediglich über die K 479. Die Zufahrtssituation entlang der L 3278 wird nur geringfügig in Absprache mit Hessen mobil durch die geplante Ausstellungsfläche gegenüber dem Bestand verändert. Gewahrt wird eine 6,50 m breite Zufahrt mit entsprechenden Eckausrundungen der Betriebszufahrt sowie notwendige Sichtachsen (gem. RAL) auf den fließenden Verkehr der L 3278. Die Zufahrt an der L 3278 wird von Pkw und Klein-/Transporter mit einer Länge von max. ca. 6,00 bis 7,00 m befahren. Anhand von Schleppkurvenüberprüfungen für die zuvor genannten Fahrzeugtypen ist eine sichere Zu-/Ausfahrt gewährleistet. Um die Sichtachsen zu gewährleisten ist bei Bedarf der Pflanzenaufwuchs durch den Anlieger, in Abstimmung mit der Straßenmeisterei Oberweyer, zurückzunehmen. Ein sicheres Abstellen der o.g. Fahrzeugtypen vor der beschränkten Zufahrt ist durch einen ausreichend großen Abstand zwischen Schranke und der L 3278 gegeben.

Die Anbindung des Plangebietes durch den öffentlichen Nahverkehr wird durch die in ca. 240 m Entfernung liegende Bushaltestelle im Ortskern sowie durch den ca. 200 m entfernten Bahnhof Niederzeuzheim gewährleistet. Vorhandene Straßen sowie der vorhandene Gehwege entlang der K 479 ermöglichen Radfahrer und Fußgänger den Zugang zum Plangebiet.

4 Ver- und Entsorgung

Das Plangebiet ist an die bestehenden Ver- und Entsorgungsanlagen angeschlossen. Die Planaufstellung bedingt keine zusätzlichen Kapazitäten oder Maßnahmen.

4.1 Wasserversorgung

Das Plangebiet ist an das bestehende Trinkwassernetz angeschlossen. Die Planaufstellung bedingt keine zusätzlichen Kapazitäten oder Maßnahmen.

4.1.1 Brandschutz, Löschwasserversorgung

Die Löschwasserversorgung wird im Brandfall über öffentliche Hydranten des Trinkwassernetzes gewährleistet. Die Planaufstellung bedingt keine zusätzlichen Kapazitäten oder Maßnahmen.

4.2 Abwasserentsorgung

Das Plangebiet ist an die bestehende Abwasserentsorgung angeschlossen. Die Planaufstellung bedingt keine zusätzlichen Kapazitäten oder Maßnahmen.

4.3 Stromversorgung

Das Plangebiet ist an die bestehende Stromversorgung angeschlossen. Die Planaufstellung bedingt keine zusätzlichen Kapazitäten oder Maßnahmen.

4.4 Abfall

Erzeugte Abfälle sind ordnungsgemäß zu entsorgen. Die Müllentsorgung ist für das Plangebiet geregelt. Die Planaufstellung bedingt keine zusätzlichen Kapazitäten oder Maßnahmen.

5 Berücksichtigung landschaftspflegerischer und artenschutzrechtliche Belange

5.1 Umweltbericht / Umweltprüfung

Seit In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Anpassung des Baugesetzbuches an die EU-Richtlinien (EAG Bau, BGBl. I S. 1359) am 20. Juli 2004 besteht die Notwendigkeit zur Aufnahme eines Umweltberichtes in die Begründung zum Bebauungsplan. Darin sollen die im Rahmen der Umweltprüfung ermittelten Belange des Umweltschutzes systematisch zusammengetragen und bewertet werden. Der Umweltbericht ist in die Abwägung einzustellen. Dieses Vorgehen ist für alle Bauleitpläne anzuwenden, deren Verfahren nach In-Kraft-Treten des EAG Bau eingeleitet wurde.

Entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen wurde zu der Aufstellung der Änderung des Flächennutzungsplanes eine Umweltprüfung gem. § 2 Absatz 4 und § 2a Satz 2 Nummer 2 durchgeführt, deren Ergebnisse im Umweltbericht mit integriertem Landschaftspflegerischen Planungsbeitrag und artenschutzrechtlicher Betrachtung (Teil 2) dokumentiert sind. Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Bauleitplanung keine erheblichen Wirkungen nach sich zieht. Nachteilige Umweltwirkungen können durch entsprechende Maßnahmen gemindert und ausgeglichen werden. Für detaillierte Aussagen wird auf den Umweltbericht verwiesen.

5.2 Eingriffsregelung

Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind gemäß § 1a BauGB die Belange von Natur und Landschaft zu beachten und in die Abwägung einzustellen. Dazu sind auch die vorbereiteten Eingriffe in Natur und Landschaft durch entsprechende Maßnahmen zu kompensieren.

Die Eingriffsbilanzierung zeigt auf, dass die Eingriffswirkungen der Bauleitplanung mit den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, ausgeglichen werden können.

Detaillierte Angaben zur Eingriffsregelung sind dem Anhang zum Umweltbericht mit integriertem Landschaftspflegerischen Planungsbeitrag und artenschutzrechtlicher Betrachtung (Teil 2) zu entnehmen.

5.3 Artenschutz

Um das Eintreten von Verbotstatbeständen im Sinne § 44 BNatSchG auszuschließen, wurde das Plangebiet im Hinblick auf das vorhandene Arteninventar untersucht und Beeinträchtigungen anhand der Wirkfaktoren ermittelt. Abschließend kann festgestellt werden, dass durch die geplanten Maßnahmen keine Verbotstatbestände eintreten und somit keine besonders geschützten FFH-Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie sowie keine Brutvögel erheblich tangiert werden. Die Prüfung hat nach dem Leitfaden für die artenschutzrechtliche Prüfung in Hessen stattgefunden und ist im Anhang zum Umweltbericht mit integriertem Landschaftspflegerischen Planungsbeitrag und artenschutzrechtlicher Betrachtung (Teil 2) detailliert beschrieben.

6 Wasserwirtschaft / Grundwasserschutz

6.1 Überschwemmungsgebiet / Oberirdische Gewässer

Die geplante Betriebserweiterung liegt in Teilen (ca. 300 m²) innerhalb eines ausgewiesenen Überschwemmungsgebietes des Elbbaches. In Überschwemmungsgebieten darf eine Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich gem. § 78 Abs. 2 WHG nur ausnahmsweise zugelassen werden. Die Zulässigkeit wurde unter Punkt 1.2 erläutert. Anstehende Retentionsraumverluste durch die geplante Böschung auf Flurstück 55/4, Flur 34 werden, nach Vorabstimmung mit der zuständigen unteren und oberen Wasserbehörde, ortsnah auf dem Flurstück 97, Flur 34 kompensiert. Durch diese Maßnahme werden alle Belange der Hochwasservorsorge Rechnung getragen. Auswirkungen auf Ober- oder Unterlieger sind auszuschließen. Der östlich des Plangebiets liegende Elbbach wird von der Planung nicht tangiert.

6.2 Wasserschutzgebiete

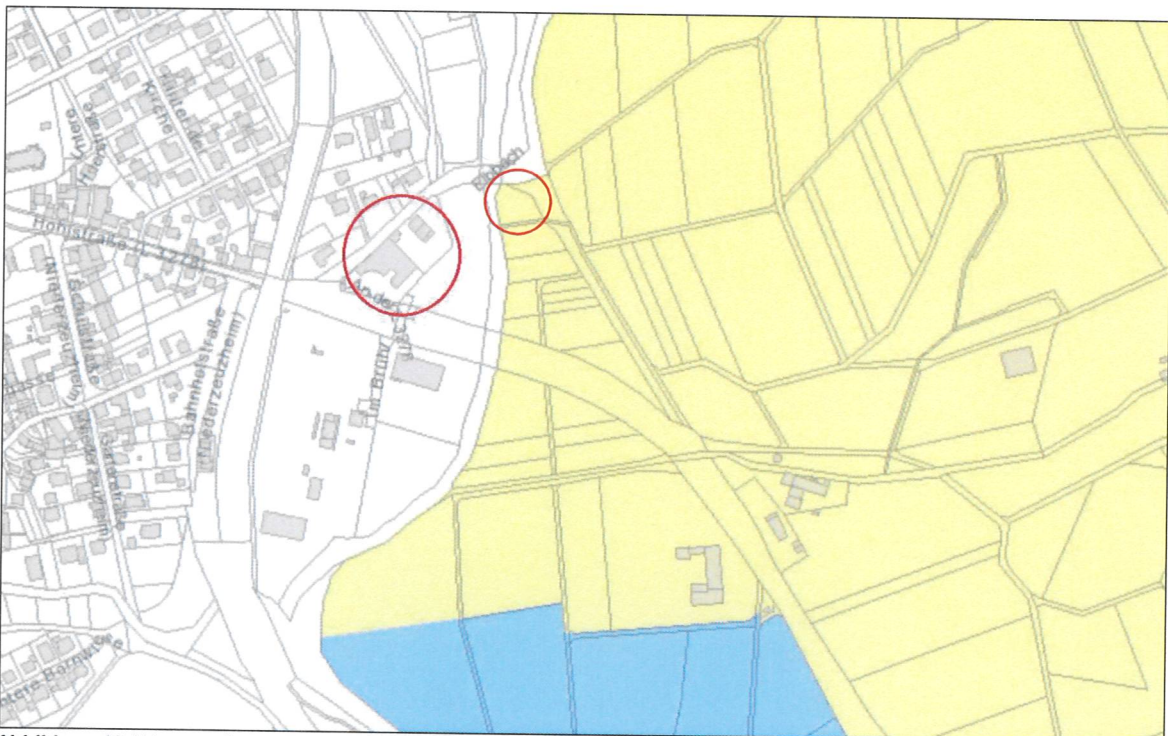


Abbildung 10: Wasserschutzgebiete, Karte unmaßstäblich, Quelle: gruschu.hessen.de (2020)

Der Eingriffsbereich selbst liegt nicht innerhalb eines Wasserschutzgebiets. Die geplante Ausgleichsfläche für den Retentionsausgleich ist jedoch Teil des festgesetzten Trinkwasserschutzgebietes „WSG TB II Niederzeuzheim“ der Schutzzone III in ca. 55 m Entfernung östlicher Richtung. Die Planung hat keinerlei erhebliche Auswirkungen auf das Trinkwasserschutzgebiet. Die Verbote der Schutzgebietsverordnung sind zu beachten

7 Kampfmittel

Das Plangebiet ist bereits bebaut. Informationen über Kampfmittel im Plangebiet liegen der Stadt Hadamar und dem RP-Darmstadt nicht vor.

8 Altlastenverdächtige Flächen/Altlasten, Bergbau

Das Plangebiet ist bereits bebaut. Informationen über Altlasten und vorangegangene Bergbautätigkeiten im Plangebiet liegen der Stadt Hadamar nicht vor. In der frühzeitigen Beteiligung gingen keine Hinweise auf Altlasten ein.

9 Immissionsschutz

Von dem Plangebiet gehen durch die bestehende Nutzung Lärm- und Licht- sowie Geruchsemissionen aus. Erhebliche Beeinträchtigungen in die Umgebung und auf die Gesundheit der Menschen finden nicht statt. Beeinträchtigungen auf die Fauna werden im Umweltbericht mit integriertem Landschaftspflegerischen Planungsbeitrag und artenschutzrechtlicher Betrachtung hergeleitet und dargelegt. Entsprechende Hinweise zur Vermeidung von Beeinträchtigungen für wildlebende Tiere wurden in den Bebauungsplan aufgenommen. Im Ergebnis ist festzustellen, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen mit Folge der Verletzung von Verbotstatbeständen des § 44 BNatSchG zu erwarten sind.

10 Denkmalschutz

Die Brückenmühle auf Flurstück 32/4, Flur 32 ist im Hessischen Denkmalverzeichnis als Kulturdenkmal aus geschichtlichen und künstlerischen Gründen ausgewiesen. Die Bauleitplanung schreibt den Bestand fest. Der Hinweis auf das Denkmal ist in der Plankarte gegeben. Die Baugrenzen sind so gewählt, dass ein angemessener Freiraum und eine entsprechende Raumwirkung, im Bereich der geschützten Brückenmühle, erhalten bleibt.

Es sind keine Naturdenkmäler in der näheren Umgebung vorhanden. Hinweise auf Bodendenkmäler liegen der Stadt Hadamar nicht vor. Da die Plangebietsflächen überwiegend bebaut und versiegelt sind, ist davon auszugehen, dass kaum noch natürlicher Boden ansteht. Vorsorglich wurde ein Hinweis auf etwaige Bodendenkmäler und dem gesetzeskonformen Verhalten zur Meldung und Sicherung in Form eines Hinweises in den Bebauungsplan aufgenommen.

11 Sonstige Infrastruktur

Sonstige Infrastruktureinrichtungen werden für die Planaufstellung nicht notwendig.

Hadamar, den 12.08.2022

Der Magistrat der Stadt Hadamar
Im Auftrag

(Dipl.-Ing. Hans-Georg Kaiser)
Leiter des Bauamtes

T E I L 2

Umweltbericht mit integriertem Landschaftspflegerischen Planungsbeitrag und artenschutzrechtlicher Betrachtung